

Debatte im Hauptausschuß über Organisation der Landtagsverwaltung

Beim Einsatz von Informationstechnik wird Personalrat in alle Überlegungen einbezogen

Der neue Dioxin-Untersuchungsausschuß erfordert zusätzliche Haushaltsmittel. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann stellte bei der 57. Sitzung des Hauptausschusses unter dem Vorsitz von Reinhard Grätz (SPD) zwar die Vermutung auf, der Ausschuß werde „knackig über die Bühne“ gehen, dennoch brauche man dieses Jahr noch Geld. Ein halber Jahresbedarf sollte berücksichtigt werden. Landtagsdirektor Heinrich A. Große-Sender sah kein Problem darin, dieses Jahr noch überplanmäßige Mittel bereitzustellen.

Große-Sender war auch gleich beim nächsten Tagesordnungspunkt aufgerufen. Einsatz von Informationstechnik bei der Landtagsverwaltung hieß das Stichwort. Man sei inzwischen führend, was die Datenverarbeitung angehe, berichtete er. So sind nach seinen Worten bei der Verwaltung des Parlaments am Rhein inzwischen 201 Büros mit Computern und Datenverarbeitung ausgestattet. 90 Prozent aller Büroarbeitsplätze verfügen über Personalcomputer. Bei alledem habe man immer die Verbesserung der Dienstleistung für das Parlament im Auge gehabt, betonte der Landtagsdirektor. Als Beispiel nannte er unter anderem die Beschleunigung der Petitionsbearbeitungsverfahren. Als wichtig stellte er heraus, daß der Personalrat in alle Überlegungen einbezogen worden sei. Große-Sender gab auch einen Ausblick auf die Zukunft. Er brachte sein „Lieblingskind“, das sogenannte Expertensystem, das es in der freien Wirtschaft schon gebe, in die Diskussion. Nach seinen Angaben handelt es sich dabei um wissensbasierte Datenbanken. Als konkretes Beispiel, wo man einmal mit der Anwendung anfangen könnte, nannte er die Unterstützung bei der Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Er gab der Hoffnung Ausdruck, im nächsten Jahr einer kleinen Anwendergruppe einen solchen Prototyp vorstellen zu können. Die gesamte Arbeit sei in engem Kontakt mit den Fraktionen erfolgt. Zum Schluß seiner Beratungen am 4. November beschäftigte den Hauptausschuß das Thema „Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung“. Zur sogenannten „Ist-Aufnahme des Aufgabenbestandes“ hatte die Landtagsverwaltung kurzfristig eine umfangreiche Vorlage vorbereitet. Bei der Erörterung kristallisierten sich im Ausschuß zwei Problemfelder heraus. Das eine umrissen die Oppositionssprecher Ruth Hieronymi (CDU) und Dr. Achim Rohde (F.D.P.) mit ihrer Forderung, die Organisationsuntersuchung „nach außen“ zu vergeben, wobei man im übrigen einem Votum der Landtagspräsidentin entsprechen würde. Den anderen Problemkreis kennzeichnete SPD-Sprecher Jürgen Büssow mit der Frage: „Welches Bild haben wir selbst von uns und unserer Arbeit?“ Die Parlamentarier müßten eine Definition vorausgeben, was die Aufgaben einer Landtagsverwaltung seien. Büssow merkte an, der nordrhein-



DIE SPD-Bank im Hauptausschuß

westfälische Landtag sei das erste Parlament, das sich mit dieser Fragestellung beschäftige.

Die Reaktionen auf die Vorlage der Landtagsverwaltung fielen indessen unterschiedlich aus. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hieronymi sprach ihren Dank aus. Umfang und Qualität der Aufgaben der Landtagsverwaltung hätten in den letzten Jahren nicht in Frage gestanden.

Effizienzsteigerung

Worum es gehe, sei Effizienzsteigerung. Die Fraktionssprecherin der Grünen, Bärbel Höhn, hingegen ließ kein gutes Haar an dem Konvolut. Was dick sei, müsse nicht immer gut sein, meinte Frau Höhn. Sie nannte die Vorlage einen „aufgemoppelten Geschäftsverteilungsplan“. Der SPD-Abgeordnete Hans Kern äußerte daraufhin sein Unverständnis über eine solche Auffassung. Zur Vorbereitung von Entscheidungen sei der Band gut geeignet. Als „gut und richtig“ bezeichnete es auch der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig, daß die Verwaltung eine Ist-Aufnahme vorgelegt habe. Möglicherweise unter Zuhilfenahme Dritter müsse jedoch die Frage geklärt werden, „was wir uns unter einem effizienten Parlament vorstellen“. Beistand erhielt Hellwig daraufhin vom CDU-Politiker Hegemann, der dessen Aussage, sich externen Sachverständigen bedienen zu wollen, begrüßte.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD, Birgit Fischer, begrüßte dagegen die Ist-Aufnahme sehr. Sie machte darauf aufmerksam, daß es sich dabei um keine Ist-Analyse handele. Es gehe nicht nur um die Frage der Effizienz. Bei der Beratung müsse mit überlegt werden, welche Aufgaben denn die Verwaltung in einem Parlament habe. Für die Aufgabenbeschreibung müsse man sich Zeit nehmen und auch auf die Frage

eingehen, wie sich der Parlamentarismus in Zukunft entwickle.

Die CDU-Sprecherin Hieronymi warnte allerdings davor, die Organisationsuntersuchung von einer Untersuchung des Auftrages der Abgeordneten abhängig zu machen. Zwischen beiden Bereichen müsse strikt getrennt werden.

Vorsitzender Reinhard Grätz nahm am Ende der Sitzung die Landtagsverwaltung in Schutz. Er nannte die von ihr erstellte Vorlage „eine sehr gute Übersicht“.

Antrag auf Novellierung der Geschäftsordnung an Hauptausschuß überwiesen

Einstimmig hat der Landtag einen Antrag der SPD-Fraktion auf Novellierung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen an den Hauptausschuß überwiesen (Drs. 11/6064).

Auszeichnung

Für zwei herausragende Dissertationen verlieh der Landschaftsverband Rheinland das Paul-Clemen-Stipendium. Dr. Ulrike Wehling untersuchte die mittelalterliche Mosaikausstattung des Aachener Münsters und ihre neuzeitlichen Restaurierungen. Dr. Alexander Kierdorf befaßte sich mit Industriellenwohnsitzen im Ruhrgebiet 1900 bis 1914. Die jungen Kunstgeschichtler stellten bei der Festveranstaltung im Kaisersaal der Abtei Brauweiler nach den Laudationes der Professoren Horst Hallensleben (Bonn) und Günter Binding (Köln) ihre Arbeiten vor. Im Festvortrag der Architekturkritikerin Dr. Ingeborg Flagge (Bonn) ging es um „Neue Bauten und alte Architektur“.